



Reform mit Risiken und Nebenwirkungen

Seit einem Jahr kommen Menschen schneller mit Psychotherapeuten in Kontakt. Auf Therapieplätze wartet man weiter lange.

VON HERMANN-JOSEF DELONGE

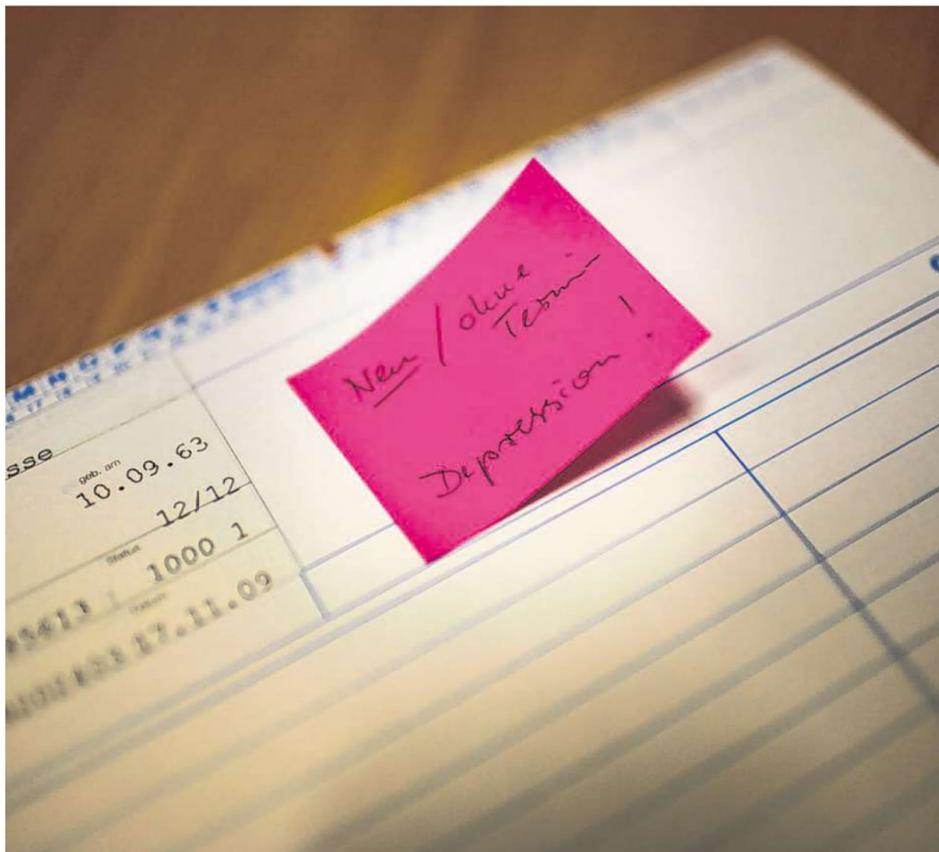
Aachen. Zunächst ein paar Fakten, die die Dringlichkeit des Problems verdeutlichen: Nach einer Untersuchung des Robert Koch-Instituts leidet etwa ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland übers Jahr gesehen an mindestens einer psychischen Störung. Die Bandbreite reicht von Angst- und Schlafstörungen über Depressionen bis zu Alkohol- oder Magersucht. Nach Zahlen der Psychotherapeutenkammer sind psychische Erkrankungen der zweithäufigste Grund für betriebliche Fehlzeiten – nach Muskel-Skelett-Erkrankungen wie Rückenschmerzen. Laut BKK Gesundheitsreport bleibt ein betroffener Arbeitnehmer im Schnitt 36 Tage daheim, bei anderen Erkrankungen sind es zwölf Tage. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin schätzt die Kosten, die durch Erkrankungen der Seele insgesamt entstehen, auf knapp 16 Milliarden Euro pro Jahr.

Kostenerstattung abgelehnt

Experten wie Prof. Martin Keck, Direktor der Klinik am Max-Planck-Institut für Psychiatrie in München, fordern deshalb, Prävention und Behandlung müssten sich verbessern – „wegen des volkswirtschaftlichen Schadens, aber im Wesentlichen auf Grund des großen persönlichen Leids, das psychische Erkrankungen verursachen“, wie Keck sagt. Doch wer einen Therapeuten braucht, wartet häufig quälend lange auf einen Behandlungstermin.

Mit der Psychotherapie-Reform im April 2017 sollte sich das ändern. Seitdem müssen Therapeuten pro Woche mindestens zwei Stunden (vier mal 25 Minuten) für Sprechstunden zur Verfügung stehen. Dort können die Patienten rasch erfahren, ob sie krank sind, ob sie eine Behandlung brauchen oder ob sie „nur“ eine Krise haben, die auch anderweitig bewältigt werden kann. Dort kann auch geklärt werden, ob in dringenden Fällen eine sogenannte Akutbehandlung erforderlich ist. Die Therapeuten müssen zudem 200 Minuten in der Woche am Telefon erreichbar sein. Außerdem sind die Kassenärztlichen Vereinigungen verpflichtet, innerhalb von vier Wochen Termine für ein Erstgespräch sowie für die Akutbehandlung zu vermitteln. In dringenden Fällen können Patienten so auch an Krankenhäuser mit ambulanter Psychotherapie vermittelt werden.

Ein Erfolg? Unbestritten kommen Patienten jetzt schneller in Kontakt mit einem Therapeuten. Doch wer dann tatsächlich eine echte Therapie braucht, der wartet nach Erkenntnis der Deutschen Psycho-



Schwierige Terminsuche: Trotz Psychotherapie-Reform müssen Betroffene meist lange auf eine nachhaltige Behandlung warten. Foto: dpa

therapeuten-Vereinigung (DPTV) immer noch mehr als 15 Wochen auf den Beginn der Behandlung. Ähnliche Zahlen nennt die Bundespsychotherapeutenkammer (BptK). „Wir haben schon immer darauf hingewiesen, dass nach der Sprechstunde nicht mehr Behandlungsplätze zur Verfügung stehen“, sagt die Sprecherin der Kammer, Kay Funke-Kaiser. „Im Gegenteil: Für Sprechstunden und Akutbehandlung müssen Stundenkontingente frei gehalten werden, die nicht mehr für die Richtlinien-therapie zur Verfügung stehen.“

Verschärfend kommt eine Entwicklung hinzu, die Psychotherapeuten- und Verbraucherverbände mit großer Sorge beobachten. Danach lehnen die gesetzlichen Kassen seit Einführung der Reform die Kostenerstattung für Behandlungen durch staatlich anerkannte Therapeuten, die keine Kassenzulassung haben, in großem Stil ab. Dabei ist die Kostenübernahme in Paragraph 13 Absatz 3 des Sozialgesetzbuchs V genau geregelt. Vereinfacht gesagt, müssen die Patienten bei ihrer Kasse nachweisen, dass mehrere zugelassene Therapeuten in ihrer Region

und in nächster Zeit keinen Platz für eine dringend notwendige Behandlung frei haben. Bei den hohen Bedarfszahlen war dies in der Regel kein großes Problem. Das hat sich mit der Reform offensichtlich geändert.

„Es ist unverantwortlich, wenn Krankenkassen Anträge von Versicherten auf Kostenerstattung pauschal mit dem Hinweis ablehnen, dass es die Sprechstunde gibt.“
DIETRICH MUNZ, PRÄSIDENT DER PSYCHOTHERAPEUTENKAMMER

Diese Erfahrung hat auch eine Therapeutin aus der Aachener Region gemacht, die ihre Praxis seit Ende 2016 gemeinsam mit einer Kollegin führt. Beide haben keine Kassenzulassung, obwohl sie sich seit langem darum bemühen. Die Therapeutin, die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, sagt, in der Begründung für die Ablehnung würden die Kassen auf die seit der Reform geltenden neuen Angebote verweisen und ihre Versicherten auffordern, die Sprechstunde eines Kassentherapeuten aufzusuchen und/oder über die Terminservicestellen zu gehen.

Die DPTV hat eine Umfrage unter Therapeuten gestartet, die dieses Vorgehen der Kassen belegen soll. Der Verband beklagt, die Auskünfte der Kassen bei der Ablehnung der Kostenerstattung würden „nicht immer der tatsächlichen Rechtslage“ entsprechen. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Kerstin Sude rät den betroffenen Patienten, rechtliche Schritte zu prüfen. „Die langen Wartezeiten auf einen Therapieplatz bestehen weiter. Und die Lage wird zunehmend verschärft, wenn die Kassen keine Kostenerstattungen mehr bewilligen.“

BptK-Präsident Dietrich Munz erklärt gegenüber unserer Zeitung, es sei „unverantwortlich, wenn Krankenkassen Anträge von Versicherten auf Kostenerstattung pau-

schal mit dem Hinweis ablehnen, dass es die Sprechstunde gibt“. Die Patienten hätten Anspruch auf die notwendige psychotherapeutische Behandlung. Daran habe sich durch die Sprechstunde nichts geändert.

Für die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) sind „langwierige Antragsverfahren mit Ablehnungen und Widersprüchen eher die Regel als die Ausnahme geworden“. Der Verband will demnächst über ein Online-Meldesystem (kassenwatch.de) Erfahrungen von Therapeuten mit abgelehnten Anträgen auf Kostenübernahme sammeln und Patienten Hinweise auf den Umgang mit den Kassen geben.

Die weisen die Vorwürfe zurück. Sigrid Aversch-Tietz, Sprecherin des Verbandes der Ersatzkassen in NRW, betont gegenüber unserer Zeitung, Ziel der Reform sei es gewesen, eine schnellere Erstversorgung der Patienten zu gewährleisten. Dies sei gelungen. Sie sagt aber auch, die Tatsache, dass die Servicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen die Patienten – wenig überraschend – an zugelassene Therapeuten vermitteln, könne für Therapeuten ohne Kassensitz zu einem Problem werden.

Für Gerd Höhner, Präsident der Psychotherapeutenkammer NRW, verfolgen die Kassen eine eindeutige Strategie. „Sie wollen die Kostenerstattung für nicht zugelassene Therapeuten zurückdrängen“, sagt er. „Täten sie das nicht, würde die hohe Zahl der Erstattungen ja belegen, dass es eine notorische Unterversorgung mit zugelassenen Therapeuten gibt. Das soll verhindert werden.“ Denn die Kassen bestreiten, dass es eine Unterversorgung gibt. Engpässe in der Versorgung führen sie vor allem auf schlechte Organisation und strukturelle Defizite auf Therapeutenseite zurück. Dass es bei diesem Streit, der seit langem erbittert geführt wird, um sehr viel Geld geht, versteht sich fast von selbst.

Die beiden Therapeutinnen aus der Städteregion werden – oder genauer: müssen – ihre Praxis zum Jahresende schließen. „Wir gewinnen keine neuen Patienten mehr hinzu. Und von den Bestands- und Privatpatienten allein können wir auf Dauer nicht leben.“

So war die Reform mit Sicherheit nicht gedacht.

Hohe Ablehnungsquote bei Kostenerstattung?

Das Thema liegt mittlerweile auch auf dem Schreibtisch von NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann. Die Psychotherapeutenkammer hat sein Ministerium auf das Problem hingewiesen. Konkrete Zahlen zu den tatsächlichen Ablehnungen lägen jedoch nicht vor, hieß es aus Düsseldorf.

Laumann erklärte gegenüber unserer Zeitung: „Es liegen Hinweise auf eine erhöhte Ablehnungsquote der Krankenkassen bei Kostenerstattungsanträgen für eine Psychotherapie durch nicht zugelassene Therapeuten vor. Wir gehen den Ursachen nach, müssen aber auch dringend

prüfen, ob die Zahl der zugelassenen Therapeuten nach der bundesweiten Bedarfsplanung noch dem tatsächlichen Versorgungsbedarf gerecht wird.“ Genau das passiere derzeit. Konkret: Im Auftrag des Gemeinsamen Bundesausschusses wird die Bedarfsplanung in der Psychotherapie in einem Gutachten „auf einen möglichen Anpassungsbedarf überprüft“. Man werde die Entwicklung genau beobachten.

Das Ministerium hat die landesunmittelbaren Krankenkassen über die Rechtslage beraten und von ihnen Stellungnahmen eingeholt. Die Auswertung steht noch aus.

ANNES WELT



► ANNEVOGD
Komödiantin,
Karnevalistin,
Kolumnistin

Einkaufen für Ostern

Beim Einkaufen vor Ostern bekommt man eine vage Vorstellung von der Einwohnerzahl Deutschlands. Der Supermarkt ist rappellvoll.

Am Pfandautomaten steht eine lange Schlange, weil die Frau ganz vorne versucht, eine zerdrückte Flasche einzuführen. Die Flasche kommt immer wieder raus. Schließlich nimmt der junge Mann hinter ihr die verbeulte Flasche, richtet sie und führt sie wieder ein. Der Automat akzeptiert die Flasche – und zerdrückt sie wieder. Das ist Deutschland.

In der Gemüseabteilung beschwerten sich die Eltern eines zweijährigen Justus Aurelius beim Marktleiter über das völlig unterrepräsentierte Angebot von unbelastetem Obst, während der Kleine hingebungsvoll den kompletten Griff des Einkaufswagens abdeckt. Gerade, als mein Kopfschütteln zu einem Schleudertrauma wird, sehe ich ein anderes Kind, das bereits wie eine wandelnde Puffreistüte aussieht. Es wirft sich auf den Boden, brüllt und bekommt auf diese Weise den erpressten Lutscher. Genau das versuche ich morgen in meiner Bank auch mal!

Beim Warten an der Kasse brauche ich Mut: Mein Arzt hatte mir geraten, mich abwechslungsreicher zu ernähren. Jetzt stehe ich hier mit 24 verschiedenen Sorten Schokoladeneiern. Die Leute hinter mir gucken schon komisch. Und dem Kassierer bin ich dann auch noch nicht schnell genug beim Einpacken. Auf einmal fängt der an, die Tetris-Melodie zu summen. Unverschäm! Ich habe mir dann erstmal in Ruhe von ihm das Treuepunkte-System erklären lassen.

az-regionales@zeitungsverlag-aachen.de

KURZ NOTIERT

Gebauer appelliert: Mittel für Schulen abrufen

Düsseldorf. NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) hat an die Kreise, Städte und Gemeinden appelliert, stärker auf die Landesmittel zur Sanierung maroder Schulen zuzugreifen. Von 500 Millionen Euro waren 2017 nur 223 Millionen aus dem Programm „Gute Schule“ abgerufen worden. Etliche Kommunen hatten auf das Geld verzichtet, etwa Aachen auf 5,2 Millionen. Sie haben 2018 letztmals die Chance, neben den aktuellen Fördermitteln auch die vom Vorjahr noch überwiesen zu bekommen. Vielen Kommunen gelingt es aufgrund von Personalmangel in den Verwaltungen nicht, die entsprechenden Anträge zu stellen. (may)

AUCH DAS GIBT'S

Feuerwehrliebe durch Hitze verformt

Köln. Bei einem Löscheinsatz in einer Kölner Sauna haben sich wegen der großen Hitze die Helme der Feuerwehrleute verformt. Gebrannt hatte es in einem Fitnessstudio wie die Kölner Feuerwehr gestern mitteilte. Die Hitze am Brandherd sei enorm gewesen. Verletzt wurde aber niemand, 15 Gäste konnten sich ins eiskalte Freie retten. Zur Brandursache wurde zunächst nichts bekannt. (dpa)

KONTAKT

Regionalredaktion:
(montags bis freitag, 10 bis 18 Uhr)
Tel.: 0241/5101-397
Fax: 0241/5101-360
az-regionales@zeitungsverlag-aachen.de

Wenn Sie das Lösungswort herausgefunden haben, rufen Sie heute unser Glückstelefon unter **0 13 79 / 88 49 11 30*** an und schon können Sie gewinnen. Viel Erfolg!

RÄTSEL-ECKE

den Mut verlieren	asiatische Körnerfrucht	handgeschöpftes Papier	italienisch: Abend	Andenherrscher	langsam gehen	kurz: an dem	englischer Adelstitel	englisches Bier	Ausstellungsstück	Regenbogenhaut
kleinlicher Mensch									2	clever
Schuldgefühl		3		tiefe Bewusstlosigkeit	1			Verhandlungsort		
schmückendes Beiwerk						dänischer Königsname		unser Planet	parapsychologisches Zeichen	
nordischer Frauenname				stehendes Gewässer		Stadt in Zentralspanien				Kimono-gürtel
Stoff, Tuch	Frage nach dem Ort		Kanalisationsanlage	4			Ausruf der Ungeduld	Armut, Elend		
lateinische Verneinung			naiv							5

In jeder Ausgabe verlosen wir **25 Euro**

2	1	6	9	5	8	7	4	3
5	4	3	2	1	7	8	6	9
8	9	7	3	4	6	2	1	5
4	7	5	1	6	9	3	8	2
3	2	9	4	8	5	1	7	6
1	6	8	7	2	3	5	9	4
9	5	1	8	3	4	6	2	7
7	3	2	6	9	1	4	5	8
6	8	4	5	7	2	9	3	1

▲ Auflösung des letzten Sudokus

1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---

Gewinner vom 15.03.: **Wolfgang Beule, Heinsberg**
Lösungswort: Bilden

			7	6	9
		8		3	4
6		9	1	8	7
1		4			8
	2	6			3
5	3				7
7				8	9
2			9	5	
	1		4	2	

*50 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, Mobilfunk ggf. abweichend. Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

